

Purschwitz, Anne: *Jude oder preußischer Bürger? Die Emanzipationsdebatte im Spannungsfeld von Regierungspolitik, Religion, Bürgerlichkeit und Öffentlichkeit (1780–1847)*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018. ISBN: 978-3-525-37062-9; 483 S.

Rezensiert von: Michael K. Schulz, Historisches Institut, Universität Potsdam

Die Auseinandersetzungen um die Haskala in der späten Aufklärungsphase sind bereits oft in den Fokus der Forschung geraten. Was gleichwohl auffallend ausgeblieben ist, war eine Betrachtung des Vormärz, der meist nur nebenbei, als Hintergrund für die Politik und Gesetzgebung, antijüdische Gewalt und Antisemitismus oder den Einstieg der Juden in den Bürgerstand, thematisiert wurde. Diese Leerstelle möchte die Autorin mit dem hier rezensierten Werk adressieren. Thema sollen die Debatten über Juden und ihre soziopolitische Lage, die sogenannte Judenfrage, von den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts sein.

In ihrer 2010 an der Universität Halle-Wittenberg verteidigten Doktorarbeit setzt sich die Verfasserin zum Ziel, außer der ausführlichen Analyse der preußischen Debatten über die „Judenfrage“ auch zu hinterfragen, „inwieweit die ‚christliche Herkunft‘ des Bürgertums zu einem Grund für den Ausschluss von Juden gemacht bzw. für einen solchen instrumentalisiert wurde“ (S. 22). Um dies zu untersuchen, verwendet sie den Ansatz des „jüdische[n] Parallelbürgertums“, der im Gegensatz zu David Sorkins These der „jüdischen Subkultur“ keine Hierarchisierung beinhaltet und den jüdischen Willen zur kulturell-religiösen Eigenständigkeit zum Ausdruck bringe (S. 23–25). Als Quellenbasis dienen zeitgenössische Einzelpublikationen, „die sich in Teilen oder vollständig mit der Frage der jüdischen Emanzipation auseinandersetzen“ (S. 29) und Zeitschriften, „die sich regelmäßig bzw. in Artikelserien“ an dieser Debatte beteiligten (S. 30, Fn. 62). Vereinzelt werden auch Aktenbestände der preußischen Zentralverwaltung konsultiert, diese bringen aber keinen erkennbaren Mehrwert. Vor allem sind es also die ersten beiden Quellenarten, die in einem eindrucksvollen Umfang

in die Analyse einbezogen werden: insgesamt über 700 Einzelschriften und über 400 Zeitschriftenartikel (S. 32). Eine erweiterte Quellenbasis stellt die „Bibliographie zur Judenfrage 1780–1848“ mit weit über 2.000 Titeln dar, die als digitales Zusatzmaterial auf der Homepage des Verlags verfügbar ist;¹ dank chronologischer Untergliederung lässt sie sich vorzüglich mit der sachlich gegliederten Bibliographie von Volkmar Eichstädt verwenden.²

Um die genannte Quellenmenge methodisch zu beherrschen, konzentriert sich die Verfasserin auf die in jedem Zeitrahmen am meisten relevanten Texte und ordnet sie anhand deren Argumentation und Akzentsetzung verschiedenen jeweils erkennbaren „Meinungsgruppen“ zu (S. 35f.). Nachdem einführend zentrale Stellungnahmen zu Juden und deren Lage in der frühen Aufklärung dargelegt werden, wird der Hauptteil der Studie in vier Perioden unterteilt: 1) 1780 bis 1812 um Haskala und preußische Reformen; 2) 1813 bis 1829 mit den Fragen des Nationalismus, antijüdischer Ausschreitungen und Zensurbestimmungen; 3) 1830 bis 1839 mit der Gesetzgebung zu Juden in Posen; und 4) 1840 bis 1848 mit liberalen Tendenzen und dem gegenüber stehenden Theorem des christlichen Staates.

Die Verfasserin demonstriert einleuchtend unterschiedliche Argumentationsweisen bei jüdischen und christlichen Autoren. Die Ersteren unterschieden meistens zwischen sozialpolitischen und Religionsfragen, wobei sie die rechtliche Emanzipation als eine notwendige Grundvoraussetzung zur erfolgreichen Reform der jüdischen Erwerbstätigkeit, religiösen Praktiken oder bestimmter Charakterzüge sahen. Aus der Perspektive christlicher Autoren waren die genannten Fragen stark miteinander verknüpft. Ihrer Ansicht nach war das Zusammenspiel aller Bereiche Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Miteinander von Juden und Christen. Abhän-

¹ Vgl. https://s3-eu-central-1.amazonaws.com/nbncc-vur/media/pdf/f7/a4/62/9783525370629_Purschwitz_Jude_Zusatzmaterial_final.pdf (08.01.2019).

² Volkmar Eichstädt, *Bibliographie zur Geschichte der Judenfrage*, Bd. 1: 1750–1848, Hamburg 1938. Trotz NS-Tendenz weiterhin als bibliographisches Werkzeug benutzbar.

gig vom Standpunkt konnte folglich das beabsichtigte Ziel sogar erst nach der „Auflösung des Judentums“ erfolgen (S. 393f.). Auch wenn in der rezensierten Monographie keine Thesen vertreten werden, die den bisherigen Forschungskonsens grundlegend infrage stellen würden, ist es faszinierend, wie durch die mühsame Aufzählung der zur „Judenfrage“ erschienenen Beiträge die bereits bekannten Höhepunkte der Debatten sich nun auch quantitativ belegen lassen (S. 31 und weitere Diagramme).

Als Beitrag zur intellektuellen deutsch-jüdischen Geschichte ist diese Studie dementsprechend zu loben. Allerdings weisen die Versuche, Thesen im Rahmen der Verwaltungs- oder Politikgeschichte zu vertreten, auf mehr oder weniger schwerwiegende Schwächen hin, die zum Teil auf Fehlanahmen beruhen: So ist etwa die Behauptung falsch, dass die preußische Städteordnung 1808 „durch die jüdischen Separatgesetze, wie bspw. die im [Emanzipations-]Edikt von 1812 festgeschriebenen Vorbedingungen, aufgehoben“ (S. 194) wurde und somit nur „eine zu kurzfristige Episode dar[stellte] und [...] nicht durch weitere gesetzliche Bestimmungen untermauert und gefestigt werden [konnte]“ (S. 395). Ganz im Gegenteil stellte sowohl diese Städteordnung als auch ihre revidierte Fassung von 1831 eine rechtliche Basis für jüdische Teilnahme an lokaler Selbstverwaltung in vielen preußischen Städten über mehrere Jahrzehnte dar.³ In einem anderen Fall wird ohne jegliche bibliographische Angabe eine Aussage gemacht, mit der man sich nicht ohne Weiteres zufrieden geben darf: „In den meisten Fällen gab es nur halbherzige Versuche, die Bestimmungen des [Emanzipations-]Edikts von 1812 umzusetzen; die Jahre nach 1815 waren geprägt von Einschränkungen und Abschwächungen bereits gewährter Rechte“ (S. 232). In dem sonst an mehreren Stellen zitierten Sammelband aus dem Jahr 2013 wären Beispiele dafür zu finden gewesen, dass auch nach 1815 das Emanzipationsedikt als nach wie vor geltendes Gesetz implementiert wurde. Bis in das Jahr 1820 wurden beispielsweise zusätzliche Termine angeboten, um verspätet angemeldeten preußischen Juden Eintragungen in die Staatsbürgerverzeichnisse zu

ermöglichen; in Einzelfällen passierte dies sogar später.⁴ Somit wird an dieser Stelle die restaurative Ausrichtung preußischer Judenpolitik nach dem Wiener Kongress nicht in Frage gestellt. Es sei nur zu betonen, dass die meisten Einschränkungen vor allem jüdische Eliten hätten betreffen können; wie die Verfasserin richtig nach Tobias Schenk bemerkte, beziehen sich einige in der Forschung breit diskutierte Gesetzesänderungen lediglich auf eine Minderheit der jüdischen Bevölkerung Preußens (S. 78).

Weitere kleine Unvollkommenheiten lassen sich im Umgang mit archivalischen Quellen feststellen. So ist beispielsweise das „Königlich Preußische Polizeipräsidium“ keine zentrale preußische Behörde, die, wie die Verfasserin vermuten lässt, am 30. September 1819 eine Verordnung für die ganze Monarchie veröffentlicht habe (S. 237f.), sondern ein lokales Staatsamt in Danzig, das auf eine konkrete Situation vor Ort reagierte. Auch die Schriftstücke im Aktenband „Die Beschimpfung und Verfolgung der Juden“ aus dem Bestand des preußischen Innenministeriums⁵ sind nicht „[d]ie einzigen verwertbaren Hinweise vonseiten der preußischen Behörden“ zu den sogenannten Hep-Hep-Unruhen in Preußen (S. 237). Es können zumindest fünf weitere Aktenbände zu den Vorfällen in Danzig aus dem gleichen Bestand sowie ein Band aus dem Bestand des Militärkabinetts genannt werden, in denen diese Thematik angesprochen wird.⁶

Ungeachtet der Kritik in einigen Punkten kann diese Monographie als ein wichtiger Bezugspunkt für weitere Forschungen im Be-

³ Zu diesem Thema siehe z. B.: Jacob Toury, Der Anteil der Juden an der städtischen Selbstverwaltung im vor-märzlichen Deutschland, in: Bulletin des Leo Baeck Institut 6 (1963), S. 265–286; Stefi Wenzel, Jüdische Bürger und kommunale Selbstverwaltung in preussischen Städten 1808–1848, Berlin 1967; Sophia Kemlein, Die Posener Juden 1815–1848. Entwicklungsprozesse einer polnischen Judenheit unter preußischer Herrschaft, Hamburg 1997, S. 268–277.

⁴ Irene A. Diekmann (Hrsg.), Das Emanzipationsedikt von 1812 in Preußen. Der lange Weg der Juden zu „Einländern“ und „preußischen Staatsbürgern“, Berlin 2013, S. 179ff.

⁵ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), I. HA, Rep. 77, Tit. 30, Nr. 4.

⁶ Ebd., Tit. 361, Nr. 16; ebd., Nr. ad 16, Bd. 1–4; GStA PK, IV. HA, Rep. 2, Nr. 3.

reich der deutsch-jüdischen Geschichte in der „Sattelzeit“ (R. Koselleck) zwischen der Mitte des 18. und der Mitte des 19. Jahrhunderts angesehen werden. Wie keine andere Studie zu dieser Thematik verfügt sie über eine Quellenbasis von mehreren Hundert Einzelschriften und Zeitschriftenartikeln, wodurch die darin getroffenen Aussagen zu Inhalt und Entwicklung der Debatten eine besonders starke Gewichtung verdienen. Die eindrucksvolle digitale Bibliographie verstärkt diesen positiven Eindruck.

HistLit 2019-1-038 / Michael K. Schulz über Purschwitz, Anne: *Jude oder preußischer Bürger? Die Emanzipationsdebatte im Spannungsfeld von Regierungspolitik, Religion, Bürgerlichkeit und Öffentlichkeit (1780–1847)*. Göttingen 2018, in: H-Soz-Kult 22.01.2019.